



Judith Skudelny

Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon 030 227 – 74728

Fax 030 227 – 76728

E-Mail: judith.skudelny@bundestag.de

Pressemitteilung

Skudelny: Aussetzung der Wehrpflicht ist ein Erfolg der FDP

(24.03.2011) Rund 55 Jahre nach ihrer Einführung hat der Bundestag am 24. März 2011 die allgemeine Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 per Gesetz aussetzt. Die Aussetzung der Wehrpflicht bedeutet auch das Ende des Zivildienstes. Zugleich soll ein freiwilliger Wehrdienst von sechs bis 23 Monaten für 15.000 Männer und Frauen geschaffen werden.

„Damit hat die FDP eine ihrer langjährigen Forderungen umgesetzt und sich bei CDU/CSU durchgesetzt“, so die FDP-Bundestagsabgeordnete Judith Skudelny aus dem Landkreis Esslingen.

„Aufgrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage und einer seit Jahren fehlenden Wehrgerechtigkeit war dies längst überfällig“, so Skudelny. Gerade einmal 16 Prozent der zur Verfügung stehenden jungen Männer leisteten 2009 noch ihren Dienst ab. Knapp 60 Prozent aller tauglichen jungen Männer leisten weder Wehr- noch Zivildienst. „Das war ungerecht gegenüber denjenigen, die zum Wehrdienst eingezogen werden und dadurch nicht direkt nach der Schule oder der Lehre ein Studium aufnehmen oder ins Berufsleben einsteigen konnten. Es herrschte keine Wehrgerechtigkeit mehr, sondern eine Wehrungerechtigkeit“, kommentiert Skudelny die Zahlen.

Noch im Jahr 2009 wurden im Kreiswehrrersatzamt Stuttgart, das auch für den Landkreis Esslingen zuständig ist, 11.920 Erstmusterungen durchgeführt. Davon 4.631 als nicht wehrdienstfähig ausgemustert und 5406 Anträge auf Anerkennung als Kreisdienstverweigerer gestellt.

„Die Bundeswehr als Freiwilligenarmee muss nun als Arbeitgeber noch attraktiver werden, damit sie in Zukunft qualifizierte junge Frauen und Männer für den freiwilligen Wehrdienst gewinnen kann“, fordert die FDP-Abgeordnete. "Dafür müssen zeitnah schlüssige Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung und zur Nachwuchsgewinnung ergriffen werden.“ Die FDP-Bundestagsfraktion hat hierzu eigene Vorschläge für ein Attraktivitätsprogramm vorgelegt.